

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 866846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Björn Engholm, SPD-Vorsitzender, ehrt Egon Bahr zu dessen 70. Geburtstag: Vom Prinzip der Nicht-Einmischung zur neuen Weltinnenpolitik.

Seite 1

Hans Bütner MdB rechnet Kohl vor, daß Finanzminister Waigel indirekt Tarifabschlüsse nicht unter sieben Prozent fordert (nur Ausgleich für die Preissteigerungsrate).

Seite 4

47. Jahrgang / 63

31. März 1992

Weltinnenpolitik ist gefragt

Gedanken anläßlich des 70. Geburtstags von Egon Bahr

Von Björn Engholm

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Lieber Egon, alle, die heute hier mit uns feiern, kennen Dich und kennen Dein Leben, das 70 Jahre deutscher und sozialdemokratischer Geschichte widerspiegelt. Dazu ist viel Kluges gesagt und geschrieben worden; ich habe Dir einiges davon zum Nachlesen mitgebracht. Wir sind uns bewußt: Eine sogenannte Maßnahme, die für Dich damals ein schmerzvolles Unglück war, hat sich für unsere Partei und unser Land im Nachhinein als Segen erwiesen: Die Nazis haben es Dir verwehrt, Musiker zu werden. Vielleicht hättest Du der "res publica" auch als Musiker viel gegeben. Du mußt aber Politiker werden, um Noten zu verfassen und um mehr als gelegentlich die Musik zu bestimmen. Du hast den Ton angegeben, auf den die Bundesrepublik, unsere Verbündeten und unsere Gegner, die Du zur Partnern machen wolltest, zu unser aller Nutzen gehört haben. Laß miß deshalb ein paar Gedanken zu den Politikbareichen formulieren, die bis heute mit Deinem Namen verbunden sind.

"Das Ende des Friedens wäre auch das Ende der Nation. Sonst wäre auch das eine Lösung der deutschen Frage: im Untergang wären wir vereint." Das zu verhindern, darum ging es Dir. Die "Sicherheitspartnerschaft" war im atomaren Zeitalter die einzige Möglichkeit des sicheren Überlebens. Also hast Du Brücken des Gesprächs zur "anderen Seite" gebaut. Hast den "Wandel durch Annäherung" vorangetrieben, um die kommunistischen Systeme durch internationale Abkommen - als Alternative zur Labilität der gegenseitigen Abschreckung und ihrer Gefahr des wechselseitigen Selbstmordes - zu binden und gleichzeitig zu verändern. Partielle Stabilisierung der "anderen Seite" war dabei in Kauf zu nehmen. Das war eine Bedingung der Entspannung, die die Chance eröffnete, verspannte Strukturen aufzubrechen und Demokratisierung zu ermöglichen. "Die Hoffähigkeit adelte und zähmte zugleich", schreibt Adam Krzeminski und vermutet, die intensiven Westkontakte Edward Giereks hätten dazu beigetragen, daß unter seinem Regiment auf Arbeiter nicht geschossen worden sei.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung erlaubt
aus wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Menschliche Erleichterungen, Familienzusammenführung, Befreiung politischer Häftlinge, bescheidene Reisemöglichkeiten, um das zu erreichen, mußte verhandelt werden mit denen, die die Macht hatten. "Die Logik: Mit Geiselnemern reden wir nicht, sollen sie doch mit den Geiseln machen, was sie wollen, die finde ich inhuman konsequent", schreibt Richard Schröder. Von den Geiselnemern waren keine Konzessionen zu erwarten, wenn man sie gleichzeitig als solche benannte. Daß sie Geiselnemern waren, war Dir mehr als anderen bewußt.

Daß an irgendeinem Punkt dieses Entspannungsprozesses die Einigung Europas und dann auch die Einheit Deutschlands wieder auf die politische Tagesordnung käme, daran hat Egon Bahr nie gezweifelt. "Wenn Ihnen ein Deutscher sagt, die Nation spiele keine Rolle mehr, dann seien Sie mißtrauisch. Glauben Sie ihm nicht. Entweder ist er dumm, oder er ist falsch, und beides ist gefährlich", hat er gewarnt und damit den Gedanken Carlo Schmid's aufgegriffen, auf unserem Weg nach Europa dürften wir uns nicht "an der Nation vorbeischieben", sondern wir müßten sie "auf unsere Schulter nehmen mit allem, was zu ihr gehört, in dieses Europa, das die Mitte unserer Vaterländer ist, einbringen". Viel hängt davon ab, wie sich das neue Nationalgefühl der Deutschen entwickelt. Je weniger es gelingt, es republikanisch selbstbewußt, sozial und europäisch zu prägen, desto leichter hat es nationalistisch geprägte Deutschtümelei.

Das Konzept des "Wandels durch Annäherung" verlangte von den osteuropäischen Regierungen die Zustimmung zur Schlußakte von Helsinki. Die Helsinki-Dokumente wurden auch zu Waffen der Dissidenz. Solidarnosc war die erste Bürgerbewegung, die sich im Osten darauf berief. Dem polnischen Vorbild folgten andere in den osteuropäischen Gesellschaften und schließlich in der Sowjetunion. Die Entspannungspolitik hat den Weg frei gemacht für die friedliche Revolution in unseren Nachbarländern und schließlich im Osten unseres Landes. Versperrt hat sie ihn jedenfalls nicht - wie jetzt gelegentlich behauptet wird - die Geschichte beweist das Gegenteil. Osteuropa ist nicht mehr unter politischer Fessel. Es kann jetzt in freier Selbstbestimmung seine zukünftige Gestalt entwerfen und verwirklichen.

Die deutsche Einigung und die Verwirklichung unserer Souveränität haben die Handlungsmöglichkeiten deutscher Außenpolitik, aber auch Erwartungen und Befürchtungen, vergrößert. Die richtige Antwort auf die Einheit Deutschlands ist europäische Integration. Wenn das größere Deutschland nicht durch mehr Integration ausbalanciert wird, könnte es in eine Rolle geraten, die wir nicht wollen. Wir wollen nicht zurückfallen in das gefährliche Spiel nationaler Mächte mit Deutschland als unberechenbarer Mitte. Deshalb brauchen wir die Politische Union. Wer kein deutsches Europa riskieren will, muß für ein europäisches Deutschland eintreten, mit Selbstbewußtsein, ohne Großmachtgehabe, aber auch ohne Minderwertigkeitskomplex.

Die Auflösung der Blöcke birgt große Chancen, aber auch Risiken für Europa. Je eher wir nach einem Bauplan für Gesamteuropa arbeiten, desto geringer ist die Einsturzgefahr. Sein Grundprinzip sollte sein: Soviel Europa wie nötig, soviel regionale und nationale Eigenständigkeit wie möglich. In einem zentralistischen europäischen Superstaat gäbe es weder Heimatgefühl noch wirkliche Demokratie.

Jetzt geht es darum, Gesamteuropa zu bauen, ohne den Einsturz bereits vorhandener Gebäudeteile zu riskieren. Wir wollen die bewährten Formen und Institutionen europäischer Zusammenarbeit so nutzen, daß sie zu tragfähigen Säulen des größeren Europas werden. Dabei gehören in dieses europäische Haus, das Egon Bahr gemeinsam mit der Sowjetunion bauen wollte, selbstverständlich auch deren Nachfolgestaaten. Dieser Bauplan hat vier Kernelemente:

1. Eine gestärkte, weil reformierte EG:

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine gemeinsame Währung, die Korrektur der sozialen und ökologischen Schlagseite und mehr Demokratie in der Gemeinschaft sind notwendiger denn je. Wer die Integration nicht vorantreibt, wer Stagnation zuläßt, gibt Raum für den Rückfall in nationalistische Interessenpolitik.

2. Eine Erweiterung und Öffnung der EG, die Erreichtes nicht gefährdet:

Das bedeutet den schnellen Beitritt der EFTA-Staaten und ein Netzwerk von Abkommen zwischen der EG und den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas sowie den GUS-Republiken, das sozialen und wirtschaftlichen Aufbau ermöglicht.

Wir warnen vor falschen Versprechungen und vor trügerischen Hoffnungen: Vereinigte Staaten von Europa, die von Wladiwostok bis Lissabon und vom Nordkap bis zur Türkei reichen, sind zur Zeit weder denkbar noch wünschenswert. Die Vielfalt der Kulturen und Interessen, die der sowjetischen Kaserne widerstanden hat, läßt sich ebensowenig in eine von Brüssel gelenkte "Super-EG" integrieren. Auch die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede machen diese Integration auf absehbare Zeit

unmöglich. Der Verzicht auf Integration aber würde die Säule EG so beschädigen, daß sie nicht mehr imstande wäre, das ganze Bauwerk zu stützen oder gar zu tragen. Natürlich darf die EG keine Festung sein. Deshalb brauchen wir:

3. Neue Formen gesamteuropäischer konföderativer Zusammenarbeit:

Aus KSZE und Europarat kann das konföderative Dach Gesamteuropas entstehen. Es ermöglicht Zusammenarbeit zum Beispiel im Umweltschutz und in der Verkehrspolitik, bei der Konversion oder der Energiepolitik.

4. Die von Egon Bahr auf den Punkt gebrachte Idee der "Gemeinsamen Sicherheit" muß neu mit Leben gefüllt werden:

Ein kollektives Sicherheitssystem Gesamteuropas ist die Antwort auf die gefährliche Renationalisierung von Militär- und Waffensystemen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Gemeinsame Sicherheit muß gesamteuropäisch mit den Amerikanern und mit den GUS-Staaten organisiert werden. Die KSZE ist dafür der Rahmen. Die NATO ist in diesem Rahmen ein schnell wirksames Instrument, wenn sie sich wandelt und für neue Mitglieder öffnet. Zu diesem Sicherheitssystem gehört eine Organisation, die Abrüstung kontrolliert. Dazu gehören aber auch Friedenstruppen, die für Einsätze innerhalb des Systems zur Verfügung stehen, die sich aber auch an friedenserhaltenden oder konfliktbeendenden Maßnahmen der UN oder an Hilfsaktionen bei Natur- und Zivilisationskatastrophen in der Dritten Welt beteiligen können.

Damit würde auch vielen Soldaten eine Antwort auf die Frage nach ihrem Auftrag gegeben. Die Bundeswehr darf in ihrer derzeitigen Identitätskrise nicht länger allein gelassen werden. Das Primat des Politischen verpflichtet nicht nur die Soldaten, sondern auch die Politiker. Die Politik hat versagt, wenn Soldaten sie einklagen, weil die Bundesregierung sie ohne Orientierung läßt.

Ein kollektives Sicherheitssystem Gesamteuropas kann der wachsenden Gefahr entgegenwirken, Sicherheit wieder auf das Militärische zu verengen. Sicherheit entsteht vor allem durch umfassende und rechtzeitige Entschärfung von Konflikten.

Sicherheit - so hat Egon Bahr uns ins Stammbuch geschrieben - Sicherheit bedeutet heute, sich auf die Gefahren einzustellen, die die Menschheit insgesamt bedrohen: "Ozon, Wärme, Bevölkerungsexplosion, Hunger" hat er sie genannt. Nicht europäische Nabelschau, Weltinnenpolitik ist gefragt. Die Reform der Vereinten Nationen im Sinne des Stockholmer Appells ist überfällig. Die transatlantische Verbindung, die durch die Überwindung der Blockkonfrontation eine neue Qualität gewonnen hat, gilt es auszuweiten und zu vertiefen.

Weltinnenpolitik erfordert von uns, den reichen Ländern, Bereitschaft zur Solidarität, zum Teilen. Das bedeutet, bei uns weniger verteilen zu können, obwohl auch hier die neue Armut galoppiert.

Sind wir bereit, die starken Schülern stärker zu belasten als die schwachen?

Sind wir bereit, Textilien, Stahl und Agrarprodukte aus Osteuropa oder aus Ländern der Dritten Welt auch dann in die EG zu lassen, wenn das bei uns Arbeitsplätze neuer Konkurrenz aussetzt?

Sind wir bereit, Umweltschutzinvestitionen dorthin zu konzentrieren, wo sie am nötigsten sind und wo der Effekt am größten ist, auch wenn sie dann bei uns erst später vorgenommen werden können?

Keine Aufgabe erfordert mehr gemeinsames europäisches Handeln als die der Solidarität.

Weltinnenpolitik stellt uns auch vor die Aufgabe, einen interkulturellen und interreligiösen Dialog mit den islamischen Ländern zu führen. Dabei darf der Fundamentalismus nicht zu einem neuen Feindbild werden. Er ist schließlich auch die islamische Reaktion auf die Zerrbilder westlicher Zivilisation. Wir haben allen Grund darüber nachzudenken, warum ein westlich orientiertes Gesellschaftsmodell bisher in der Dritten Welt keinen überzeugenden Erfolg gehabt hat. Ja, wir müssen uns darüber klar werden, daß zumindest unser bisheriges Wirtschafts-Modell kein weltweiter Exportschlager werden darf, wenn der ökologische Zusammenbruch vermieden werden soll.

"Nie wieder wegsehen", diese Mahnung Willy Brandts soll eine Maxime der neuen Weltinnenpolitik werden. Das Prinzip der "Nicht-Einmischung" hat sich mit der Auflösung der Blöcke und mit zunehmender wechselseitiger Abhängigkeit überlebt. Jetzt muß das Prinzip der "Einmischung" gelten.

(-/31. März 1992/hgs/ks)

Rede auf einem Empfang zu Ehren von Egon Bahr am 31. März in Bonn

Was gilt nun, Herr Bundeskanzler?

Finanzminister Waigel empfiehlt Tarifabschlüsse nicht unter sieben Prozent

Von Hans Büttner MdB (Ingolstadt)

Arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mit seiner Forderung, die Tarifabschlüsse in diesem und im nächsten Jahr dürfen für die Arbeitnehmer nur einen Ausgleich für die Preissteigerungsrate bringen, hat Bundesfinanzminister Waigel den Gewerkschaften empfohlen, keine Abschlüsse unter sieben Prozent bei der diesjährigen Tarifrunde zu tätigen. Denn nur bei einem Bruttoabschluß von sieben Prozent und mehr ist gewährleistet, daß die tarifgebundenen Arbeitnehmer nach Abzug von Steuern und Abgaben und unter Einberechnung der Preissteigerungsrate von derzeit 4,5 Prozent netto den gleichen Betrag in der Tasche behalten, wie im Vorjahr. Das hat die Tarifrunde des vergangenen Jahres eindrucksvoll bewiesen. Damals hatten die Gewerkschaften im Durchschnitt zwischen 6,5 und sieben Prozent durchgesetzt, netto sind jedoch nur 2,7 Prozent übriggeblieben, genau der Prozentsatz, der den Westrentnern 1992 als Erhöhung zugebilligt wird - 0,8 Prozent weniger als die Preissteigerungsrate.

Wenn Waigel seine tarifpolitische Aussage ernst gemeint hat, so unterscheidet sie sich eklatant von der bisherigen Haltung der Bundesregierung, wie sie durch Innenminister Seifers bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und von Wirtschaftsminister Möllemann in jüngster Zeit artikuliert wurde. Deshalb will ich von der Bundesregierung nun wissen was gilt. Ich habe deshalb die Bundesregierung gefragt:

2. Ist aus den Forderungen von Finanzminister Waigel zu schließen, daß die Bundesregierung künftig die Unternehmens- und Kapitalerträge stärker zur Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit heranziehen will und somit auf ihre Pläne zur Senkung der Unternehmensteuern verzichten will?

3. Hat die Bundesregierung ihre etwaigen neuen steuer- und verteilungspolitischen Kenntnisse aus einer Untersuchung der "Financial Times" vom 19. März 1992 gewonnen, nach der die deutschen Großunternehmen in Wirklichkeit zwischen 30 und 100 Prozent höhere Gewinne vor Steuern ausweisen müßten, wenn sie nach den US-amerikanischen oder englischen Buchhaltungsrichtlinien ihre Bilanzen erstellen müßten und damit ihre tatsächliche Steuerquote im internationalen Vergleich geringer ist als immer behauptet?

In ihrem Bericht vom 19. März 1992 hatte die "Financial Times" berichtet, daß die großen deutschen Konzerne bis heute noch keine umfassende Börsenzulassung am größten Finanzplatz der Welt, den USA erhalten haben, weil die deutsche Buchführung nicht das Ziel habe "Außenstehenden ein wahrheitsgetrautes oder auch nur genaues Bild von der finanziellen Lage eines Unternehmens zu vermitteln". Deshalb habe die "Securities & Exchange Commission" bisher den deutschen Großunternehmen wie Daimler, Bayer, Hoechst oder VW die volle Börsenzulassung in den USA verweigert. In dem Bericht zitiert die "Financial Times" unter anderem aus einem Bericht des New Yorker Börsenanalytikers, Gary Schieneman, nach dem zum Beispiel "die vom Volkswagenwerk 1989 nach den deutschen Bestimmungen erzielten Gewinne von 1,04 Milliarden DM nach den englischen Bestimmungen auf 1,5 Milliarden DM und nach den amerikanischen Bestimmungen auf 1,9 Milliarden DM anwachsen würden. Auf die Frage "Was hat Volkswagen 1989 tatsächlich verdient?" sah sich Schieneman gezwungen zu antworten, daß dies voll und ganz von der Buchführungspraxis abhängt. Was für die Zahlen im Jahr 1989 galt, gilt ebenfalls für die von deutschen Großfirmen in den Jahren 1990 und 1991 erzielten Ergebnisse, so Schieneman", laut "Financial Times". Als ein Grund für die Gewinnverschleierung deutscher Konzerne wird laut "Financial Times" unter anderem angegeben, "daß sie ihre Positionen bei Verhandlungen mit den Gewerkschaften schwächen würden", wenn sie ihre Zahlen nach amerikanischem Vorbild vorlegen würden.

Dieser Bericht der renomiertesten Wirtschafts- und Finanzzeitung der Welt macht deutlich, daß die Politik die Finanzierung der deutschen Einheit endlich aus den Finanzquellen bestreiten muß, in denen die meisten Milliarden versteckt sind: Bei den großen Kapitaleignern. Nachdem sich diese bei Einigungsinvestitionen bisher nicht mit Ruhm bekleckert und nur wehklagend zugesehen haben, wie der Staat die Einigungskosten ausschließlich aus den Taschen der Arbeitnehmer finanziert hat, ist es an der Zeit, daß die Bundesregierung hier endlich einen Kurswechsel vornimmt - eventuell auch durch eine Änderung der deutschen Buchhaltungspraxis in Richtung auf größere Wahrheit und Klarheit, was zu größerer verteilungspolitischer Gerechtigkeit führen würde und zudem diesen Konzernen auch den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten erleichtern würde.

(-/31. März 1992/hgs/ks)